

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

## Venture Capital machte junge Unternehmen innovativer und gegen Krisen resistenter

*Mit Risikokapital (VC) finanzierte junge, technologieorientierte Unternehmen sind produktiver, wachsen stärker, investieren mehr und sind innovativer als solche, an denen keine VC-Geber beteiligt sind. Dies ist ein Ergebnis des VICO-Projekts, welches das ZEW mit zahlreichen internationalen Partnern im Auftrag der Europäischen Union durchgeführt hat.*



Junge technologieorientierte Unternehmen profitieren in vieler Hinsicht von Venture Capital Finanzierung.

Neben der Erfahrung, die der Geber von Risikokapital (Venture Capital, VC) mitbringt, entscheidet vor allem der Typ des VC-Gebers darüber, ob und wie stark die Produktivität, das Wachstum, die Investitionstätigkeit oder die Innovationskraft junger Unternehmen profitieren. Mit VC finanzierte Unternehmen sind ferner krisenresistenter als andere, wie eine Betrachtung ihrer Entwicklung in der Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 zeigte. Vor dem Hintergrund des nach wie vor fragmentierten VC-Marktes in Europa zählt sich außerdem grenzüberschreitende Zusammenarbeit von VC-Gebern bei der Finanzierung von Unternehmen aus.

Auf diesem Wege lassen sich unvorteilhafte Bedingungen für die VC-Branche in einem Land zumindest teilweise kompensieren. Dies sind Ergebnisse des VICO-Projekts, das das ZEW mit anderen Instituten für die Europäische Union durchgeführt hat.

### **Innovative Unternehmen aus sieben europäischen Ländern**

Die Grundlage der verschiedenen Studien in diesem Projekt bilden Daten zu 8.370 jungen, technologieorientierten Unternehmen aus sieben europäischen Ländern, von denen 759 VC-finanziert

sind. Alle VC-finanzierten „jungen“ Unternehmen, die analysiert werden, erhielten erstmals zwischen 1994 und 2004 Venture Capital und waren zu diesem Zeitpunkt nicht älter als zehn Jahre.

Die erfolgreichere Entwicklung von VC-finanzierten Unternehmen im Vergleich zu nicht VC-finanzierten ist zu einem Teil darauf zurückzuführen, dass VC-Geber sich von Anfang an bei ihren Investments vor allem auf die erfolgversprechendsten Kandidaten konzentrieren. Diverse VICO-Studien stellen allerdings fest, dass über diesen Selektionseffekt hinaus die VC-Geber selbst eine positive Wirkung auf die Entwicklung junger technologieorientierter Unternehmen ausüben. Dabei haben die Erfahrung und der Typ des VC-Investors erheblichen Einfluss darauf, wie groß der Erfolg des von ihm finanzierten Unternehmens ist.

### **IN DIESER AUSGABE**

Venture Capital machte junge Unternehmen innovativer und gegen Krisen resistenter . . . .	1
Familienunternehmen in Deutschland tragen erheblich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei . . . . .	2
Innovationsvorsprung ist Erfolgsfaktor für die Internationalisierung von IKT-Unternehmen . . .	3
Fachkräftesicherung würde Wohlstand steigern . . . . .	3
Nachgefragt: Akademikermangel in Deutschland? . . . . .	4
Innovationsleistung und Innovationsbeiträge der Telekommunikation in Deutschland . . . . .	5
ZEW Workshop zu Spinoff-Gründungen . . . . .	7
Europas Weg zu einer CO <sub>2</sub> -armen Wirtschaft – gemeinsamer Workshop von ZEW und Bruegel . . . . .	8
ZEW Intern . . . . .	9
Daten und Fakten . . . . .	11
Standpunkt . . . . .	12

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

Generell stellt das Projekt fest, dass besonders erfahrene VC-Geber überdurchschnittlich positive Effekte bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Vermögensaufbau in den von ihnen finanzierten Unternehmen haben. Vier verschiedene Typen von Investoren werden in der Studie unterschieden: öffentliche VC-Investoren, von Banken oder Versicherungen kontrollierte VC-Investoren, industrieabhängige (corporate) VC-Investoren sowie unabhängige VC-Investoren. Unabhängige VC-Investoren üben vor allem einen positiven Einfluss auf die Produktivität und das Umsatzwachstum der von ihnen finanzierten, technologieorientierten Unternehmen aus. Von der öffentlichen Hand kontrollierte VC-Investoren geben vor allem dem Wachstum sehr junger Unternehmen einen Schub. Ferner sich, dass VC-finanzierte Unternehmen

insgesamt höhere Innovationsraten aufweisen als nicht VC-finanzierte und eine Beteiligung von zwei oder mehreren privaten und öffentlichen VC-Gebern an einem Unternehmen (Syndizierung) zu besonders hohen Innovationsraten führt, vorausgesetzt der private VC-Geber hat die Führungsrolle im Syndikat.

#### Europäischer Venture Capital-Markt stark fragmentiert

Trotz der positiven Effekte von VC-Finanzierungen wird die Dynamik des europäischen Venture Capital-Marktes noch immer von dessen starker Fragmentierung gebremst. An einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Aktivitäten von VC-Unternehmen in Europa führt nach Meinung der am VICO-Projekt beteiligten Forscher kein Weg vorbei. Unter anderem

empfehlen die Wissenschaftler einen europaweiten VC-freundlichen Steuer- und Rechtsraum zu schaffen, etwa durch die Abschaffung von Doppelbesteuerung sowie die Einführung einheitlicher Zulassungsbestimmungen, wie sie der „European Passport“ vorsieht. Ferner befürworten sie möglichst liquide Märkte für Übernahmen und Börsengänge, um Desinvestitionen für VC-Geber zu vereinfachen. Auf Unternehmensebene wäre die Bereitstellung von steuerlichen Anreizstrukturen und Co-Investitions-Programmen wünschenswert, um VC-Geber verstärkt zur Investition in junge, technologieorientierte Unternehmen zu motivieren.

Im Rahmen des VICO-Projekts sind zahlreiche Studien entstanden. Ein Überblick ist abrufbar unter: [www.vicoproject.org/doc/policy/VICO\\_FinalPolicyBrief.pdf](http://www.vicoproject.org/doc/policy/VICO_FinalPolicyBrief.pdf)

Dr. Tereza Tykvová, tykvova@zew.de

## Familienunternehmen in Deutschland tragen erheblich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei

*Familienunternehmen waren wesentlich am Arbeitsmarktaufschwung der letzten Jahre beteiligt. In den Jahren 2006 bis 2010 schufen die deutschen TOP 500 Familienunternehmen rund 300.000 neue Arbeitsplätze allein in Deutschland. Das entspricht einem Beschäftigungszuwachs von neun Prozent.*

Der Arbeitsplatzaufwuchs bei den TOP 500 Familienunternehmen ist insbesondere bemerkenswert, vergleicht man die Entwicklung mit den im Deutschen Aktienindex (Dax) gelisteten Unternehmen. So ging im gleichen Zeitraum die Inlandsbeschäftigung bei den im Dax gelisteten Unternehmen um 100.000 Stellen oder sieben Prozent zurück. Dies sind zentrale Ergebnisse einer aktualisierten Studie zur volkswirtschaftlichen Bedeutung von Familienunternehmen, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Institut für Mittelstandsforschung (ifm) der Universität Mannheim im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen durchgeführt hat.

Die Studie vergleicht die 500 beschäftigungsstärksten Familienunternehmen (TOP 500) in Deutschland mit den Dax-

30-Unternehmen (ohne die vier im Dax gelisteten Familienunternehmen Beiersdorf, Henkel, Metro und Merck).

#### Weltweites Beschäftigungsplus

Die Ergebnisse zeigen, dass die Inlandsbeschäftigung der Top 500 Familienunternehmen zwischen den Jahren 2006 bis 2010 von 3,3 auf 3,6 Millionen anstieg. Die Dax-Unternehmen haben in dieser Zeit die Inlandsbeschäftigung von 1,5 auf 1,4 Millionen reduziert. Weltweit verzeichneten die TOP 500 Familienunternehmen sogar ein Beschäftigungsplus von elf Prozent, was 500.000 neuen Arbeitsplätzen entspricht. Die Dax-Unternehmen erzielten im gleichen Zeitraum lediglich einen weltweiten Beschäftigungsaufwuchs von

knapp zwei Prozent, das waren 60.000 Arbeitsplätze. Die Studie zeigt darüber hinaus, dass Familienunternehmen in der Finanz- und Wirtschaftskrise zwar mehr Umsatz, aber relativ weniger Beschäftigte verloren haben als die Dax-Unternehmen. So mussten die TOP 500 Familienunternehmen im Krisenjahr 2009 nahezu zehn Prozent Umsatzeinbußen im Vergleich zum Vorjahr hinnehmen, während die Dax-Unternehmen selbst im Krisenjahr noch ein Umsatzplus von fast drei Prozent realisieren konnten. Im Jahr 2010 befanden sich mit einem Umsatzplus von elf Prozent sowohl die 500 größten Familienunternehmen als auch die Dax-Unternehmen mit einem Umsatzplus von 13 Prozent wieder auf Wachstumskurs.

Weitere Informationen sowie Ranglisten, die die TOP 500 der Familienunternehmen unter anderem nach Höhe des Umsatzes, Anzahl der Beschäftigten, Branche oder Bundesland darstellen, finden sich unter <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Familienunternehmen2011.pdf>

Dr. Sandra Gottschalk, gottschalk@zew.de

# Innovationsvorsprung ist Erfolgsfaktor für die Internationalisierung von IKT-Unternehmen

*Innovationen, qualifizierte Mitarbeiter und maßgeschneiderte Produkte und Dienstleistungen sind Erfolgsfaktoren deutscher Unternehmen des Wirtschaftszweigs Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bei der Erschließung von Auslandsmärkten. Dies zeigt eine Studie des ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.*

Die Studie untersucht die wesentlichen Motive, Erfolgsfaktoren und Problemfelder beim Internationalisierungsprozess deutscher Unternehmen des IKT-Sektors. Teil der Studie ist eine repräsentative Umfrage bei rund 600 IKT-Unternehmen. Zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Internationalisierung ist der Innovationsvorsprung der eigenen Produkte und Dienstleistungen. Die Gruppe der innovativen IKT-Unternehmen verzeichnet mit 21 Prozent eine deutlich höhere Exportquote (Anteil der Exporterlöse an den Gesamterlösen) als die Gruppe der Nicht-Innovatoren mit nur fünf Prozent. Zudem sind große und innovative Unternehmen deutlich häufiger mit Niederlassungen im Ausland vertreten.

Weitere wichtige Voraussetzungen für den Auslandserfolg sind hochqualifizierte Mitarbeiter im Unternehmen sowie ei-

ne maßgeschneiderte Anpassung der Produkte und Dienstleistungen an die Bedürfnisse des Zielmarktes. Mit der Internationalisierung möchten deutsche IKT-Unternehmen vor allem neue Absatzmärkte erschließen, den Anschluss an die Wettbewerber halten sowie inländische Kunden bei deren Auslandsaktivitäten begleiten.

## Hohe Markterschließungskosten

Für IKT-Unternehmen, die neu ins Auslandsgeschäft einsteigen oder ihre Auslandsaktivitäten intensivieren möchten, stellen die hohen Kosten der Markterschließung sowie die fehlende Nachfrage nach den eigenen Produkten und Dienstleistungen die größten Hemmnisse für die Auslandsaktivität dar. Für bereits im Ausland aktive Unternehmen sind die Gefahr

der Produktpiraterie beziehungsweise fehlende effektive Schutzmöglichkeiten für geistiges Eigentum die stärksten Hemmnisse. Um die IKT-Unternehmen bei der Internationalisierung zu unterstützen, kann die Politik an verschiedenen Stellen ansetzen. Zum einen kann die staatliche Unterstützung von Forschung und Entwicklung die Innovationsanstrengungen in der IKT-Wirtschaft fördern und so eine wichtige Voraussetzung für den Schritt ins Ausland schaffen. Darüber hinaus kann ein erleichterter Zugang zu Finanzierung und Krediten Unternehmen dabei unterstützen, die hohen Markteintrittskosten im Ausland zu tragen. Eine Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen wie zum Beispiel ein effektiver Rechtsschutz im Ausland trägt ferner zu mehr Rechtssicherheit bei. Schließlich sollten sich staatliche Beratungsangebote insbesondere an sehr kleine IKT-Dienstleister richten, da diese am häufigsten von Internationalisierungshemmnissen betroffen sind.

Die Studie findet sich unter: [www.zew.de/publikation6429](http://www.zew.de/publikation6429)

Prof. Dr. Irene Bertschek, [bertschek@zew.de](mailto:bertschek@zew.de)  
Dr. Jörg Ohnemus, [ohnemus@zew.de](mailto:ohnemus@zew.de)

# Fachkräftesicherung würde Wohlstand steigern

*Gelingt es nicht, die Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen deutlich zu steigern, drohen der deutschen Volkswirtschaft enorme Wohlstandseinbußen. Kann der demografisch bedingte Verlust von Arbeitskräften jedoch zum Teil ausgeglichen werden, könnte dies kumuliert Wohlstandsgewinne in Milliardenhöhe bedeuten.*

Eine Studie des ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales untersucht die Wohlfandeffekte, die von verschiedenen Maßnahmen zur Fachkräftesicherung ausgehen. Die Studie nimmt im Basis-Szenario einen demografisch bedingten Rückgang der Erwerbsbevölkerung um rund 2,5 Millionen bis

2025 an. Davon ausgehend wird berechnet, welche Wertschöpfungseffekte sich durch Maßnahmen zur Fachkräftesicherung erzielen lassen. Gelingt es etwa, das Arbeitskräfteangebot von 2014 an jedes Jahr um 100.000 Personen anzuheben, wäre der Wert der in Deutschland produzierten Güter und Dienstleistungen um

gut zwei Prozent höher als im Basis-Szenario. Bis 2025 summiert sich dieses Mehr an Produktion auf rund 450 Milliarden Euro, was etwa dem heutigen Bruttoinlandsprodukt Bayerns entspricht. Um dieses Plus an Erwerbspersonen zu erzielen, müsste die Erwerbsquote der Älteren über 55 Jahren um sechs Prozentpunkte steigen. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen unter 55 Jahren müsste ebenfalls um knapp zwei Prozentpunkte zulegen und die Vollzeitbeschäftigung von Frauen müsste um zwei Prozentpunkte steigen.

Dr. Holger Bonin, [bonin@zew.de](mailto:bonin@zew.de)  
Dr. Marcus Kappler, [kappler@zew.de](mailto:kappler@zew.de)

Nachgefragt: Akademikermangel in Deutschland?

## Bachelor- und Masterabschlüsse erleichtern die Mobilität von Hochqualifizierten in Europa

*Deutschland wird häufig kritisiert, im internationalen Vergleich zu wenig Akademiker auszubilden. Zuletzt bemängelte etwa die OECD, dass hierzulande zu wenig junge Menschen ein Studium aufnehmen. Friedhelm Pfeiffer, Bildungsökonom am ZEW, hält diesen Blickwinkel für verengt.*

### Gibt es zu wenig Akademiker in Deutschland?

Nach den Analysen des jüngsten OECD Bildungsberichts liegt der Anteil der Akademiker in Deutschland bei 26 Prozent. Im OECD Vergleich ist das eher wenig und wir landen auf einem hinteren Rang. In den Vereinigten Staaten gibt es 41 Prozent Akademiker. Jedoch hat dort für 35 Prozent der Absolventen das Studium weniger als drei Jahre gedauert. Hinzu kommt: in Deutschland haben zehn Prozent der Nichtakademiker eine hochwertige postsekundäre Ausbildung abgeschlossen, beispielsweise die Meisterausbildung, die es in anderen Ländern oftmals nicht gibt.

Ob es in Deutschland zu wenige Akademiker gibt, kann somit anhand der Zahlen, die die OECD veröffentlicht, nicht entschieden werden. Deutschland ist eine Bildungsnation mit einem vielfältigen Bildungssystem. Vergleicht man statt des Anteils der Akademiker die mittlere Anzahl der Jahre in Ausbildung in der Bevölkerung, befindet sich Deutschland mit etwa 13 Jahren international in der Spitzengruppe. Man darf auch nicht die Freiheit der Berufswahl vergessen. Die Investition

in ein Studium muss sich schließlich für die Studierenden lohnen, unter Beachtung von Kosten und Risiken, beispielsweise Verdienstrisiken, und der verfügbaren Bildungsalternativen, insbesondere dem Dualen Ausbildungssystem.

### Viele Unternehmen klagen über einen Mangel an Fachkräften, etwa in den Ingenieurwissenschaften oder im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Sind solche Klagen berechtigt?

Solche Klagen, die sich in konjunkturell stabilen Zeiten häufen, sollte man ernst nehmen, aber nicht überbewerten. Es gibt sozusagen immer Hinweise auf Engpässe in bestimmten Berufen, derzeit in den naturwissenschaftlichen Bereichen, aber beispielsweise auch in der frühkindlichen Pädagogik. Es gibt zudem Hinweise auf Fachkräfteüberschüsse in anderen Berufen, unter anderem bei Köchen. Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin hoch, trotz der insgesamt guten Beschäftigungszahlen insbesondere bei Akademikern. Die Anpassung der Bildungssysteme an neue Bedarfe braucht Zeit und auf den Mangel folgt nicht selten ein Überschuss. Hinzu kommt: Für Arbeitnehmer aus Osteuropa wurden die

Grenzen im Sommer letzten Jahres geöffnet; die Grenzen für Bulgarien und Rumänien werden im Jahr 2014 geöffnet.

### Wird die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge zu höheren Abschlussquoten führen und damit dem Fachkräftemangel entgegen wirken?

Der Bologna Prozess kann durchaus zu höheren Abschlussquoten beitragen und dem Fachkräftemangel dank größerer Vergleichbarkeit in den Abschlüssen entgegen steuern. Damit kann ein europäischer

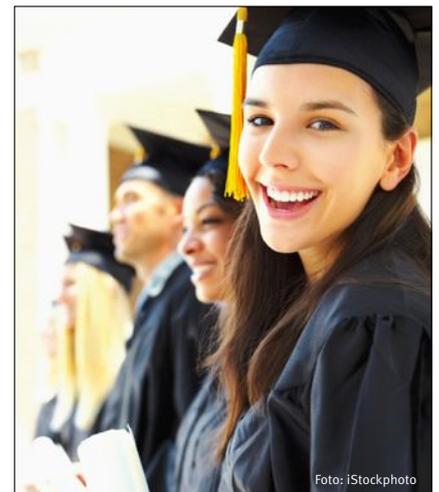


Foto: iStockphoto

Einheitliche Abschlüsse in Europa begünstigen die Mobilität von Fachkräften.

Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte entstehen. Allerdings verbleiben aufgrund der sprachlichen und kulturellen Heterogenität in Europa Barrieren, die dem entgegenwirken können. In Deutschland gibt es darüber hinaus die Notwendigkeit, die Expansion der tertiären Bildung mit der Entwicklung der beruflichen Bildung abzustimmen. Es sollte nicht dazu kommen, dass Bachelorstudenten zu „Schmalspurakademikern“ ausgebildet werden, deren Humankapital niedriger wäre als bei Menschen, die eine dreijährige Berufsausbildung abgeschlossen haben.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de  
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer ist Ansprechpartner des Forschungsschwerpunktes Bildungsökonomik am ZEW und stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“. Seit dem Jahre 2009 ist Friedhelm Pfeiffer Mitglied im Bildungsökonomischen Ausschuss des Vereins für Socialpolitik, seit 2010 Mitglied im Mannheimer Bildungsbeirat. Sein Forschungsinteresse gilt den Wirkungen optimierter Bildungsinvestitionen für individuelle und gesamtwirtschaftliche Erträge sowie den Ursachen und Konsequenzen des Erwerbs von kognitiven und nicht kognitiven Fähigkeiten im Lebenszyklus.



Foto: ZEW

# Innovationsleistung und Innovationsbeiträge der Telekommunikation in Deutschland

*Eine leistungsfähige Telekommunikationsinfrastruktur und innovative Anbieter von Telekommunikationsdiensten sind ein wichtiges Fundament für Industriegesellschaften. Obwohl die deutsche Telekommunikationsbranche im Branchenvergleich überdurchschnittlich viel in Zukunftsausgaben investiert, liegt sie im internationalen Vergleich zurück.*

Die Telekommunikation ist ein wichtiger Anbieter neuer Technologien, der selbst in großem Umfang in die technologische Entwicklung und in neue Anwendungen investiert. Die Telekommunikation zählt gemessen an der Höhe ihrer „Zukunftsausgaben“ (siehe Kasten) mit rund

sentlich von den wenigen großen Netzanbietern bestimmt. Für die Durchsetzung von Neuerungen und deren breite Nutzung in Wirtschaft und Gesellschaft ist aber auch die Innovationsorientierung der vielen kleinen Diensteanbieter und Provider entscheidend. Die „Innovatoren-

deren Branchen hoch, vor allem ist es die höchste Innovatorenquote im europäischen Vergleich der Telekommunikationswirtschaft.

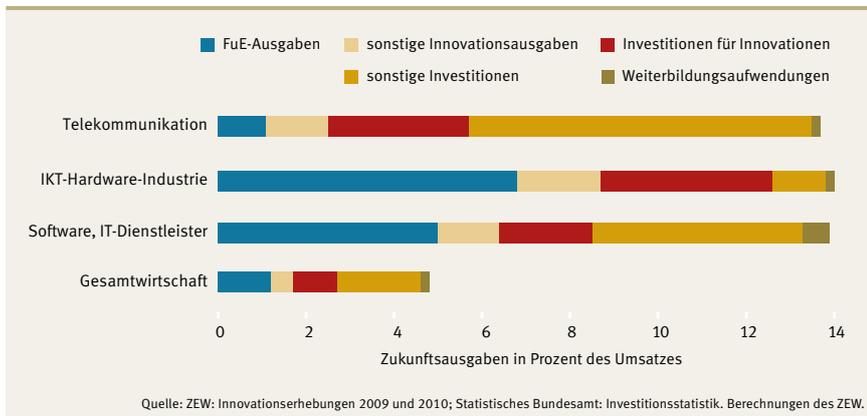
## Hohe Innovationsbereitschaft

Die hohe Innovations- und FuE-Beteiligung bedeutet, dass die Unternehmen der deutschen Telekommunikationsbranche innovationsbereit und innovationsfähig sind. Die Voraussetzungen, damit neue technologische Entwicklungen rasch in innovative Marktangebote umgesetzt werden, sind auf Seite der Unternehmen vorhanden. Höhere Investitionen in leistungsfähigere Infrastrukturen sollten somit auf fruchtbaren Boden fallen. Neue Telekommunikationsanwendungen sind in vielen Anwenderbranchen Auslöser von Innovationen und leiten wichtige Innovationstrends ein.

## Positive Netzwerkeffekte

Die Innovationswirkung, die von einer immer leistungsfähigeren Telekommunikationsinfrastruktur ausgeht, tritt meist mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf. Ihren vollen Umfang erreicht sie erst bei einer breiten und umfassenden Nutzung, da sich dann positive Netzwerkeffekte einstellen. Für die erste Welle des Breitbandausbaus (2000 bis 2002) lassen sich typische Innovationswirkungen an drei Beispielen darstellen. So haben damals rund 25 Prozent der Unternehmen in Deutschland Produktinnovationen in direktem Zusammenhang mit dem Ein-

## Zukunftsausgaben als Anteil des Umsatzes in der Telekommunikation in Deutschland im Jahr 2010



neun Milliarden Euro im Jahr 2010 zu den großen Innovationsbranchen der deutschen Wirtschaft. Ihre Ausgaben sind gemessen am Umsatz deutlich höher als im Durchschnitt der deutschen Wirtschaft (siehe Abbildung). Aktuell beläuft sich die „Zukunftsquote“ auf knapp 14 Prozent des Gesamtumsatzes der Branche. In der deutschen Wirtschaft (ohne Einzelhandel, Gastgewerbe öffentliche und Konsumentendienstleistungen) wurden insgesamt 4,5 Prozent des Umsatzes für Forschung und Entwicklung (FuE), Innovationen und Investitionen ausgegeben.

Der Umfang der Aktivitäten zur Entwicklung neuer Telekommunikationsangebote und zur Modernisierung der Telekommunikationsinfrastruktur wird we-

quote“, die den Anteil der Unternehmen angibt, die durch die Einführung neuer Produkte oder Prozesse zur Verbreitung von Innovationen beitragen, betrug im Jahr 2008 in der deutschen Telekommunikationsbranche 72 Prozent. Dies ist nicht nur im Vergleich zu den meisten an-

## Zukunftsausgaben

Zukunftsausgaben umfassen Aufwendungen und Investitionen von Unternehmen, die die Grundlage für künftige Innovationen und Produktivitätssteigerungen sind. Hierzu zählen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Konzeption, Design und Markteinführung neuer Produkte, Einführung von Prozessinnovationen, Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen sowie Weiterbildung. Die „Zukunftsquote“ gibt die Zukunftsausgaben in Prozent des Umsatzes an.

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

satz von Breitband eingeführt. Darüber hinaus wurden im Zeitraum 2001 bis 2005 nach Berechnungen des ZEW rund 8.500 zusätzliche Unternehmensgründungen durch die Breitbandverfügbarkeit ermöglicht. Eine ifo-Studie zeigt, dass

Ein weiteres wichtiges Einsatzfeld von leistungsfähigeren Telekommunikationsnetzen sind Cloud-Computing-Anwendungen. Acht Prozent der innovativen Unternehmen in Deutschland würden verstärkt in Cloud Computing investieren, falls ih-

Produkte, um die Effizienz und Qualität der gesamten Leistung zu verbessern.

Der erfolgreichen Generierung und Nutzung von technischen Innovationen in der Telekommunikation stehen insgesamt niedrige Investitionen in den Ausbau neuer Netze in Deutschland gegenüber. Sowohl bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Investitionen als auch beim Anteil dieser Zukunftsausgaben am Umsatz der Telekommunikationsbranche bildet die Bundesrepublik das Schlusslicht. Die „Zukunftsquote“ der deutschen Telekommunikationsbranche war im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2009 mit 10,4 Prozent niedriger als in allen anderen mittleren und großen hoch entwickelten Industrieländern.

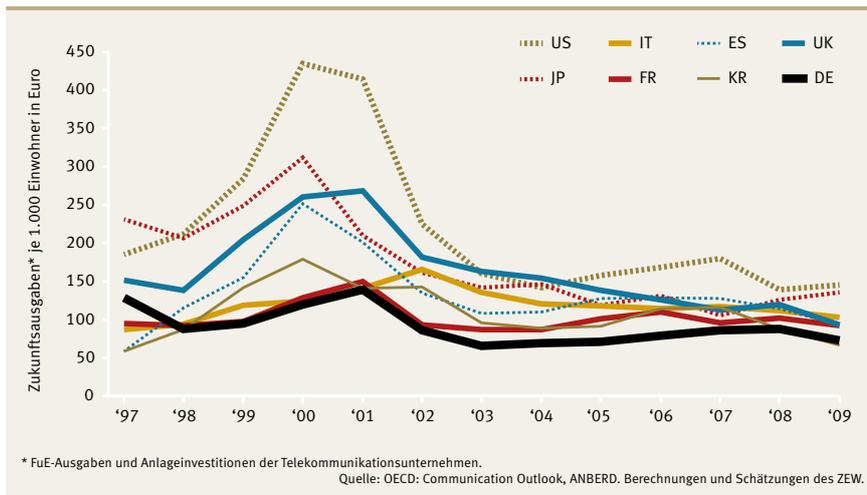
Die Zukunftsausgaben der Telekommunikationsunternehmen in Deutschland sind auch gemessen an der Bevölkerungszahl niedriger als in den anderen größeren Industrieländern. Dies gilt faktisch für die gesamte Zeit ab 1999. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten liegen die Pro-Kopf-Zukunftsausgaben in jedem Jahr um zumindest 50 Prozent niedriger (siehe Abbildung).

#### Politik und Wirtschaft sind gefordert

Diese niedrigen Zukunftsausgaben bedeuten, dass die Innovations- und Produktivitätspotenziale der Telekommunikation nicht in vollem Umfang genutzt werden können. Hier sind Wirtschaft und Politik gefordert. Die Telekommunikationsunternehmen in Deutschland müssen ihre Investitionen in neue Technologien, Netze und Anwendungen deutlich erhöhen. Spielraum hierfür sollte grundsätzlich gegeben sein, denn in den vergangenen Jahren wurden im Mittel nur 28 Prozent des Bruttobetriebsüberschusses in neue Sachanlagen sowie FuE reinvestiert, während es in Schweden, Großbritannien und Finnland über 50 Prozent waren. Die Politik muss gleichzeitig die Rahmenbedingungen für den Ausbau neuer Netze und die Einführung neuer Telekommunikationstechnologien so verbessern, dass effektive Investitions- und Innovationsanreize für Unternehmen und Nutzer bestehen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de  
Dr. Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

#### Zukunftsausgaben in Telekommunikationsausstattung in großen OECD-Ländern



sich alleine aufgrund der Einführung der ersten Breitbandgeneration das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP pro Kopf) in den hoch entwickelten Industrieländern um drei bis vier Prozent erhöht hat. Länder, in denen sich nach Breitbandeinführung die neue Technologie besonders rasch verbreitete, erzielten auch ein höheres Wachstum des BIP pro Kopf. So bedeutet eine Zunahme der Breitbandpenetration (Bevölkerungsanteil mit Breitbandnutzung) um 20 Prozent pro Jahr statt um zehn Prozent ein zusätzliches Wachstum von einem bis 1,5 Prozent.

Aktuell sind das mobile Internet, Cloud-Computing-Anwendungen und sogenannte „intelligente Netze“ wesentliche Triebkräfte für Innovationen auf Basis neuer Telekommunikationstechnik.

Die Nutzung von mobilem Internet in Unternehmen nahm 2010 rasant zu und wird weiter ansteigen. Ende 2010 nutzten bereits über ein Drittel der innovativen Unternehmen in Deutschland das mobile Internet für ihre Produkt- und Dienstleistungsangebote oder um mit Kunden zu kommunizieren. Der Anteil der Mitarbeiter, die mit mobilem Internet ausgestattet sind, lag Mitte 2011 schon bei rund 25 Prozent.

nen ein leistungsfähigerer Internetanschluss zur Verfügung stünde. Dieser auf den ersten Blick niedrige Wert liegt daran, dass heute bereits über ein Drittel der innovativen Unternehmen in Deutschland auf Cloud-Computing-Anwendungen zurückgreifen. Offenbar haben jene Unternehmen, für die die derzeit verfügbaren Anwendungsmöglichkeiten relevant sind, diese schon frühzeitig für sich erschlossen. Für die Mehrheit der Unternehmen müssen attraktive Cloud-Computing-Lösungen aber erst entwickelt werden. Dies erfordert den Ausbau leistungsfähiger Netze, überdies müssen die unterschiedlichen Anforderungen der Unternehmen erfüllt werden. Denn viele Unternehmen stehen Cloud Computing noch skeptisch gegenüber, etwa im Hinblick auf den Schutz vertraulicher Unternehmensdaten.

#### Einsatz intelligenter Netze

Ein besonders zukunftssträchtiger Innovationsbereich ist der Einsatz von neuen Telekommunikationstechniken zur Etablierung sogenannter „intelligenter Netze“. Bei diesen systemischen Innovationen geht es um die informationstechnische Integration einzelner Prozesse und

## KONFERENZEN

# ZEW Workshop zu Spinoff-Gründungen

*Eine Möglichkeit neue Technologien in marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu überführen, stellen Spinoff-Gründungen dar. Aktuelle Forschungsergebnisse zu Spinoff-Gründungen wurden Mitte November 2011 im Rahmen eines internationalen Workshops am ZEW diskutiert.*

Unter Spinoff-Gründungen versteht man zum einen Unternehmen, die von Personen gegründet wurden, die zuvor an Universitäten oder anderen öffentlichen Forschungseinrichtungen gearbeitet haben, so genannte akademische Spinoffs. Als Corporate Spinoffs bezeichnet man dagegen Gründungen von Personen, die zuvor in privatwirtschaftlichen Unternehmen beschäftigt waren und die bei der Gründung materielle oder immaterielle Güter, etwa Erfindungen, Arbeitsroutinen

und von Gründungshemmnissen von akademischen Spinoffs beitragen können. Massimiliano Guerini (Universität Pisa) zeigte, dass die Zahl der wissensintensiven Gründungen in einer Region in positivem Verhältnis steht mit dem in Universitäten der Region generierten Wissen (gemessen als Anzahl angemeldeter Patente, wissenschaftlicher Mitarbeiter oder Absolventen). Dabei kann das in Form von Patenten kodifizierte Wissen die Grenzen einer Region leichter überwinden als an Per-

Mike Wright (Imperial College London) analysierte Übernahmen von jungen technologieorientierten Unternehmen durch andere Unternehmen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass nur wenige Unterschiede in den Determinanten einer Übernahme zwischen akademischen Spinoffs und anderen technologieorientierten Gründungen existieren. Philippe Mustar (MINES ParisTech) gab einen Überblick über staatliche Förderprogramme für akademische Spinoffs in Frankreich.

## Hohes Innovationspotenzial von Spinoff-Gründungen

Helmut Fryges (ZEW) zeigte, dass Corporate Spinoffs in Deutschland zwar kein höheres Beschäftigungswachstum aufweisen als andere vergleichbare Gründungen, dass sie aber innovativer sind. Michael Dahl (Universität Aalborg) konnte im Hinblick auf die Überlebenswahrscheinlichkeit und den Gewinn keine signifikanten Unterschiede finden zwischen Corporate Spinoffs und anderen Unternehmen in Dänemark. Sierdjan Koster (Universität Groningen) unterstrich, dass vorangegangene Branchenerfahrung unter anderem das Einkommen von Spinoff-Gründern aus der Selbstständigkeit erhöht.

Marc-Andreas Mündler (University of California San Diego) zeigte, dass Corporate Spinoffs durch den Transfer ehemaliger Kollegen ins eigene Unternehmen profitieren, da sie die Fähigkeiten ihrer ehemaligen Kollegen kennen und daher wissen, ob diese für das eigene Unternehmen geeignet sind. Zum Abschluss diskutierte Veronique Schutjens (Universität Utrecht) wie sich unterschiedliche Rahmenbedingungen auf der Ebene der Gründer und Herkunftsunternehmen einerseits sowie des gesamtwirtschaftlichen Umfelds andererseits auf die Entscheidung auswirken, welche Güter vom Herkunftsunternehmen in die Spinoff-Gründung transferiert werden. So nutzen Herkunftsunternehmen gerade in einem Markt mit hoher Wettbewerbsintensität Spinoff-Gründungen, um innovative Ideen auszuprobieren.

Dr. Helmut Fryges, fryges@zew.de



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops zu Spinoff-Gründungen am ZEW.

und Mitarbeiter, aus diesen Unternehmen in ihre Gründung transferiert haben.

In ihrem Auftaktreferat diskutierte Åsa Lindholm-Dahlstrand (Universität Halmstad) die Rolle des Professorenprivilegs für akademische Spinoffs in Schweden und dem Vereinigten Königreich. Das Professorenprivileg gewährt Professoren das Recht, ihre Erfindungen zum Patent anzumelden und zu verwerten. Ohne Professorenprivileg fällt das Recht zur Patentanmeldung den Universitäten zu, was nach den Analysen von Lindholm-Dahlstrand den Technologietransfer von Universitäten zu Gründungen eher behindert als fördert.

Mirjam Knockaert und Annelore Huyghe (beide Universität Gent) legten dar, wie Technologietransferbüros zur Überwin-

sonen gebundenes Wissen, das eher lokal wirkt. Für Institute der Max-Planck-Gesellschaft veranschaulichte Guido Bünstorf (Universität Kassel), dass geografische Entfernung nicht notwendigerweise ein Hindernis für die Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen durch Spinoff-Gründungen darstellt.

Gemäß den Ergebnissen von Andrew Toole (US Department of Agriculture) weisen akademische Spinoffs in Deutschland ein höheres Beschäftigungswachstum auf als andere Gründungen. Gemeinsame Forschungsprojekte mit der wissenschaftlichen Einrichtung, aus welcher der Spinoff-Gründer stammt, sowie die Auftragsvergabe an diese Einrichtung fördern das Wachstum der Spinoff-Gründung.

## KONFERENZEN

## Europas Weg zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft – gemeinsamer Workshop von ZEW und Bruegel

Am 22. November 2011 veranstaltete der Brüsseler Think Tank Bruegel gemeinsam mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) einen Workshop zum Thema „Europe’s Way to a Low-Carbon Economy“. Die Veranstaltung fand in den Räumen der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Brüssel statt.



Jos Delbeke (EU Kommission) erläuterte die Roadmap der EU zu einer CO<sub>2</sub> armen Gemeinschaft.

Im Rahmen des Workshops diskutierten unter der Leitung von Prof. Jean Pisani-Ferry unter anderem Jos Delbeke, Ph.D., Generaldirektor der Generaldirektion Klimapolitik der EU Kommission, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Präsident des ZEW und Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sowie Dr. Georg Zachmann, Wissenschaftler am Bruegel-Institut und Prof. Dr. Andreas Löschel, Leiter des Forschungsbereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik des ZEW. Weitere Teilnehmer des Workshops kamen aus der EU Kommission, öffentlichen Einrichtungen, Forschungsinstituten sowie der Industrie und dem Finanzsektor.

Jos Delbeke skizzierte in seinem Vortrag „Roadmap for moving to a competitive low carbon economy in 2050“ die Strategie der EU, um bis zum Jahr 2050 gut 80 Prozent weniger CO<sub>2</sub> zu emittieren als im Jahr 1990. Dies soll dazu beitragen, die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Delbeke ging auf die Aus-

gestaltung des zukünftigen Emissionshandelssystems einschließlich des Luftfahrtsektors ein sowie auf Emissionsstandards für PKW, Energieeffizienzverbesserungen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU Mitglieder. Darüber hinaus thematisierte er „Carbon Leakage“ und „Carbon Capture and Storage“. Ausgaben für Treibstoffe sollten nach Delbekes Dafürhalten durch Investitionen in Gebäude, Trans-

port, Energieerzeugung und Industrie ersetzt werden. Diese könnten in den Jahren von 2010 bis 2050 jährlich etwa 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aller EU Mitglieder betragen. Andreas Löschel ergänzte die Ausführungen zur „EU-Roadmap“ durch makroökonomische und sektorale Ergebnisse aus Modellrechnungen des ZEW. Diese illustrieren das Potenzial internationaler Klimapolitik in Kombination mit dem internationalen Emissionshandel, in Zukunft möglicherweise in Kombination mit einer zukünftigen Form des „Clean Development Mechanism“. Dieser ermöglicht es CO<sub>2</sub>-Emittenten, die Reduktionsverpflichtungen unterliegen, Treibhausgase in Entwicklungs- und Schwellenländern zu vermeiden, wo keine Emissionsreduktionsziele gelten.

Georg Zachmann erläuterte in seinem Vortrag „Public Support for Energy System Transition“ die Herausforderungen der Energiewende in Deutschland und diskutierte bestimmte Politikmaßnahmen. Wolfgang Franz präsentierte Ergebnisse zu den Implikationen der deutschen Energiewende, die der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem jüngsten Jahresgutachten vorlegte. Eine rege Diskussion über geeignete Maßnahmen zur Förderung umwelt- und insbesondere klimafreundlicher Technologien schloss sich an.

Dr. Michael Hübler, huebler@zew.de  
Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de

## ZEW EXPERTENSEMINARE

05.03.2012	Wettbewerbsökonomik für Nicht-Ökonomen
07.03.2012	Digitale Literatur und Urheberrecht – Aktuelle Regelungen und neue Entwicklungen
12.03.2012	Basistechniken I – Regressionsanalyse
13.03.2012	Basistechniken II – Zeitreihenmodelle
13.03.2012	Digitale Literatur und Urheberrecht – Aktuelle Regelungen und neue Entwicklungen, Berlin
21.03.2012	Transaktionen – Von der Due Diligence bis zur Post-Merger-Integration

## ZEW INTERN

## ZEW-Wissenschaftler erhält Nachwuchspreis der Erich-Gutenberg-Arbeitsgemeinschaft Köln



Foto: ZEW

Jens Mohrenweiser

Dr. Jens Mohrenweiser hat den Nachwuchspreis der Erich-Gutenberg-Arbeitsgemeinschaft e.V. Köln für seine Dissertation „The Causes and Consequences of Apprenticeship Training – an Economic and Econometric Analysis“ erhalten. Der Preis wurde am 27. November 2011 im Rahmen der Jahrestagung der Erich-Gutenberg-Arbeitsgemeinschaft in Köln vom Vorsitzenden Prof. Dr. Ralf Gössinger überreicht. In seiner Arbeit untersucht Mohrenweiser die Ausbildungsmotive von Betrieben. Die Dissertation zeigt, dass sich die Motivation, junge Menschen auszubilden, zwischen den Betrieben unterscheidet. Diese Heterogenität in den Ausbildungsmotiven führt zu gegensätzlichen Anpassungsreaktionen der Betriebe bei politischen Interventionen, etwa der Einführung einer Umlage oder einer verbindlichen Übernahmeversicherung. Nach seiner Promotion an der Universität Zürich bei Prof. Dr. Uschi Backes-Gellner wechselte Mohrenweiser zum Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung des ZEW.

## Promotionen von ZEW-Wissenschaftlern im vergangenen Jahr

Die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dem ZEW ein großes Anliegen. Dies belegen auch die im vergangenen Jahr am ZEW abgeschlossenen Promotionen. Unser Dank geht an die Betreuer der Arbeiten, vor allem an die Erstgutachter.

**Mariela Borell**, „Private Equity in Europe: Investment Selection, Resource Allocation and Financial Distress“, Prof. Michael Grote, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

**Astrid Dannenberg**, „On the Provision of Global Public Goods - Experimental Evidence on Climate Change Mitigation Issues“, Prof. Joachim Weimann, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

**Dries De Smet**, „Essays on the Economics of Media Platforms“, Prof. Patrick van Cayseele, K.U.Leuven. **Christof Ernst**, „Steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung“, Prof. Christoph Spengel, Universität und ZEW.

**Gordon Jochem Klein**, „Essays in Competition and Innovation – An Empirical and Theoretical Analysis“, Prof. Justus Haucap, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

**Kathrin Müller**, „Humankapital in neu gegründeten Unternehmen – Vier empirische Untersuchungen“, Prof. Martin Biewen, Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

**Jörg Ohnemus**, „Empirical Analysis of Information Technology and Business Process Outsourcing“, Prof. Alexandra Spitz-Oener, Humboldt-Universität Berlin.

**Steffen Osterloh**, „Fiscal Policy Decision-Making: New Evidence on its Determinants and Effects on Public Opinion“, Prof. Eckhard Janeba, Universität Mannheim.

**Waldemar Rotfuß**, „Über hochfrequente Preisreaktionen europäischer Emissionsberechtigungen auf Nachrichten“, Prof. Jürgen Kähler, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

**Karsten Reuß**, „Age-dependent Human Capital Investments and Socio-Economic Outcomes“, Prof. Wolfgang Franz, Universität Mannheim.

**Anja Schmiele**, „Internationalisierung der FuE-Tätigkeit von Unternehmen“, Prof. Jürgen Weigand, Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung (WHU) - Otto Beisheim School of Management.

**Victoria Alexeeva-Talebi**, „Sektorale Inzidenz und Effizienz der Klimapolitik: Eine quantitative ökonomische Analyse“, Prof. Christoph Böhringer, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

**Thomas Walter**, „Evaluating Key Characteristics of Germany's 2005 Welfare Reform with a Focus on Immigrants“, Prof. Olaf Hübler, Leibniz Universität Hannover.

## ZEW zu Besuch bei der ASSA-Tagung 2012 sowie beim NBER

Erneut präsentierte sich das ZEW in diesem Jahr beim Annual Meeting der American Economic Association (ASSA), das in diesem Januar in Chicago stattfand. Dabei wurden zahlreiche Bewerbungsgespräche geführt, um internationale Wissenschaftler für das ZEW zu gewinnen.



Foto: ZEW

Darüber hinaus nutzte ZEW-Präsident Wolfgang Franz den Aufenthalt in den Vereinigten Staaten zu einem Arbeitsbesuch beim National Bureau of Economic Research (NBER) in Cambridge. Es wurden konkrete Schritte für eine engere Kooperation zwischen NBER und ZEW vereinbart. Das Foto zeigt James Poterba, Präsident des NBER (rechts) mit Wolfgang Franz (links).

## MPS+ erfolgreich beendet

Die Teilnehmer des Weiterbildungsprogramms „Strengthening Macroeconomic Policies“ (MPS+) am ZEW sind nach mehrmonatigem Aufenthalt in Deutschland wieder zurück in ihre Heimatländer gereist. Das Feedback der Teilnehmer und vom Auftraggeber, der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, war sehr positiv. Der Kurs wird im Herbst 2012 erneut am ZEW stattfinden.



Foto: ZEW

## ZEW INTERN

## Neue Forschungsgruppe „Wettbewerb und Regulierung“ am ZEW gegründet

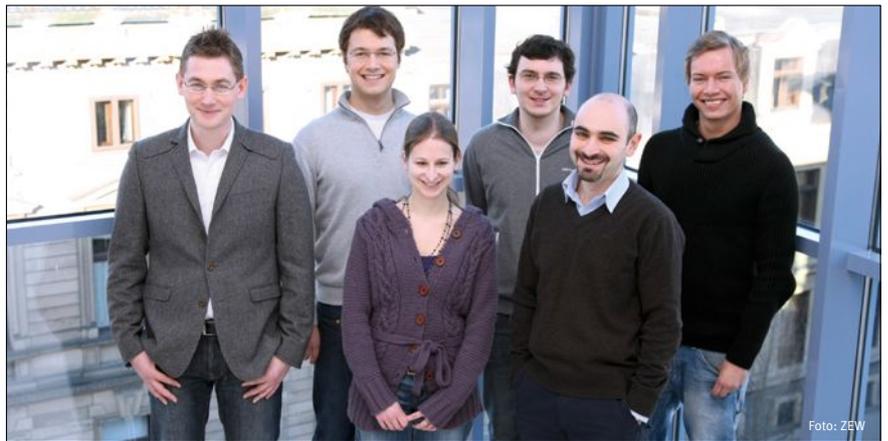
Zum 1. Januar 2012 nimmt eine neue Forschungsgruppe am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ihre Arbeit auf. Die neue Forschungseinheit wird ökonomische Fragestellungen auf dem Gebiet von Wettbewerb und Regulierung untersuchen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf Netzindustrien wie etwa der Gas- und der Elektrizitätswirtschaft oder dem Schienen- und Luftverkehr. Die neue Forschungsgruppe soll sich mit Themen beschäftigen, die in jüngster Zeit verstärkt an Bedeutung gewinnen wie beispielsweise die privatrechtliche Durchsetzung des Kartellrechts oder die wettbewerblichen Implikationen der Energiewende in Deutschland.

Die neue Forschungsgruppe arbeitet schwerpunktmäßig auf zwei Themenfeldern. Im Rahmen des Schwerpunkts „Wettbewerbsstrategie und Wettbewerbspolitik“ werden die volkswirtschaftlichen Wirkungen unternehmerischer Verhaltensweisen untersucht. Im Fokus steht hierbei vor allem die Analyse von Unternehmenszusammenschlüssen und Kartellabsprachen. Die Forschungsergebnisse sollen dazu beitragen, Handlungsempfehlungen zu geben, um das Wettbewerbsrecht und die Wettbewerbspolitik wohlfahrtsfördernd weiterzuentwickeln. Der zweite Forschungsschwerpunkt

nimmt aktuelle Entwicklungen des Wettbewerbs und der Regulierung in ausgewählten Netzindustrien in den Blick. Im Bereich der Energiemärkte beschäftigt sich die Forschungsgruppe beispielsweise mit Fragen der effektiven und effizien-

Regelenergiemärkte analysiert. Im Bereich der Transportmärkte sollen vorwiegend Entwicklungen im Schienen- und Luftverkehr untersucht werden.

Als Leiter der neuen Forschungsgruppe „Wettbewerb und Regulierung“ ist Junior-



Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der neuen ZEW-Forschungsgruppe „Wettbewerb und Regulierung“

ten Regulierung der Strom- und Gasnetze. Ferner untersucht sie, welchen Einfluss die Eigentumsstruktur der Energieversorger auf deren Preissetzungsverhalten in den Endverbrauchermarkten hat. Darüber hinaus werden die Integration der europäischen Elektrizitätsmärkte und die Marktgestaltung der Großhandels- und

professor Dr. Kai Hüschelrath vorgesehen. Hüschelrath forscht bereits seit Oktober 2006 am ZEW zu wettbewerbsökonomischen Fragen. Die neue Forschungsgruppe geht zunächst mit sechs Mitarbeitern an den Start (siehe Foto).

Sie können die neue Forschungsgruppe besuchen unter [www.zew/bereichwur](http://www.zew/bereichwur)

## Studie des ZEW mit BlackRock Research Award 2011 prämiert

Die am ZEW entstandene Studie „International Diversification Benefits with Foreign Exchange Investment Styles“ wurde vom

Kröncke, Prof. Dr. Felix Schindler und Dr. Andreas Schrimpf, nahmen die Auszeichnung im Rahmen der 24. Australasian Fi-

aktive Beimischung von Währungsstrategien in einem internationalen Mixed-Asset-Portfolio bieten. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass insbesondere die Anwendung von Carry Trade-Strategien, aber auch die Anwendung von Momentum- und Value-Strategien für Währungen hohe Diversifikationspotenziale besitzt, die sowohl statistisch als auch ökonomisch hoch signifikant sind. Die Ergebnisse von Kröncke, Schindler und Schrimpf erweisen sich sowohl unter Berücksichtigung von Anlagerestriktionen und von Transaktionskosten als auch in Out-of-Sample Analysen als robust. Das prämierte Paper findet sich unter [www.zew.de/publikation6200](http://www.zew.de/publikation6200)



Tim-Alexander Kröncke



Felix Schindler



Andreas Schrimpf

Institute of Global Finance (IGF) an der University of New South Wales mit dem BlackRock Research Award 2011 ausgezeichnet. Die Autoren des Papers, Tim-Alexander

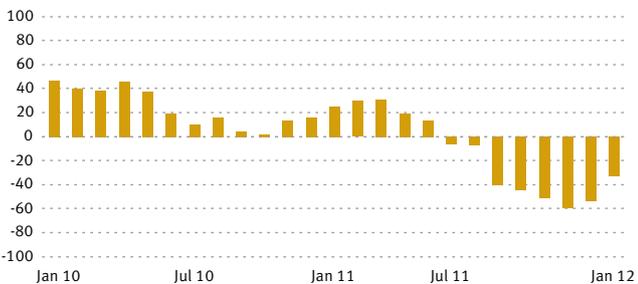
nance and Banking Conference in Sydney entgegen. Ihr prämiertes Paper befasst sich kritisch mit den Diversifikationsmöglichkeiten, die sich Anlegern durch die

**DATEN UND FAKTEN**

**ZEW-Finanzmarkttest im Januar 2012**



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

**EZB: Neuer Pragmatismus in der EZB?**

Manche Beobachter sehen im Kurs des neuen EZB-Präsidenten Mario Draghi einen „neuen Pragmatismus“ und rechnen aufgrund der schwachen Konjunkturlage in der südlichen Eurozone eher mit geldpolitischen Stimuli der EZB. Dementsprechend gehen 47,8 Prozent der vom ZEW befragten Experten von weiter sinkenden kurzfristigen Zinsen auf Sicht der kommenden sechs Monate aus. 46,4 Prozent halten eine Zinssenkung wie auch einen Anstieg der Zinsen für unwahrscheinlich. Nur 5,8 Prozent der Experten erwarten steigende kurzfristige Zinsen.

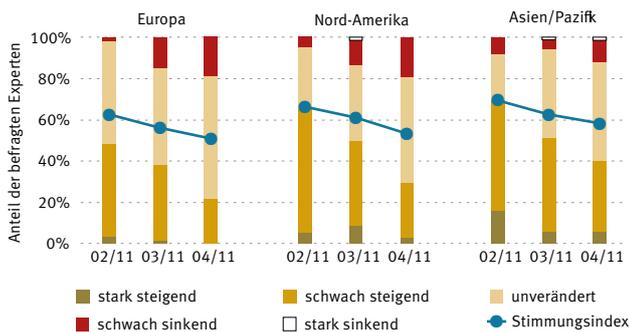
Christian David Dick, dick@zew.de

**Eurozone: Konjunkturimpulse aus Deutschland**

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone präsentieren sich im Januar 2012 besser als im Vormonat: Sie steigen von minus 54,1 auf minus 32,5 Punkte. Maßgeblich hierfür dürften die Konjunkturerwartungen für die größte Volkswirtschaft der Eurozone sein: Die Konjunkturerwartungen für Deutschland stiegen im Januar um 32,2 Punkte. Die Finanzmarktexperten schätzen vor allem die Geschäftserwartungen für die deutsche Exportindustrie besser ein als noch im Dezember. Daraus dürften Impulse für das Wirtschaftswachstum anderer Euroländer erwachsen.

Christian David Dick, dick@zew.de

**Seeschifffahrt spürt den Druck von Überkapazitäten und Nachfrageabschwächung**

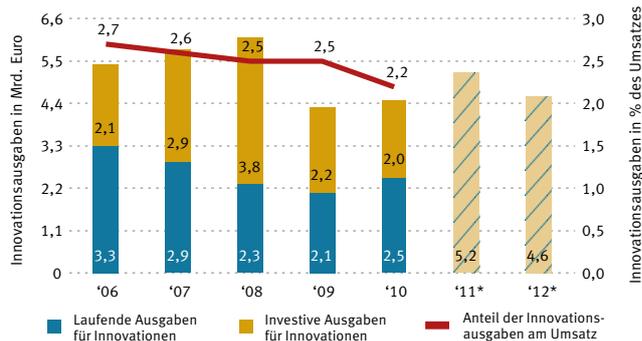


Quelle: ZEW

Die Perspektiven für das Seeverkehrsaufkommen und für die Seefrachtraten im nächsten halben Jahr werden deutlich zurückhaltender eingeschätzt als in den Vorquartalen. Je nach Teilmarkt erwarten 48 bis 60 Prozent der Experten des ZEW Transportmarktbarometers eine Stagnation der Transportmengen. Knapp 20 Prozent rechnen mit einem leichten Rückgang für die europäischen Strecken und die Nordatlantikrouten. Derart gedämpfte Prognosen hat es seit dem dritten Quartal 2009 nicht mehr gegeben. Bei den Seefrachtraten erwartet im Europaverkehr nur noch ein Drittel der Experten einen Preisanstieg.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

**Metallindustrie: Innovationsausgaben steigen 2011 wieder deutlich**



\* Planzahlen Frühjahr/Sommer 2010

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Innovationsausgaben der deutschen Metallindustrie (Metallerzeugung und Metallwarenherstellung) blieben nach dem starken Einbruch im Krisenjahr 2009 im Jahr 2010 auf niedrigem Niveau. Mit 4,46 Milliarden Euro wurden die Innovationsbudgets nur um fünf Prozent im Vergleich zu 2009 erhöht. Für 2011 war eine kräftigere Steigerung um 17 Prozent auf 5,2 Milliarden Euro geplant. 2012 sollen die Innovationsausgaben angesichts unsicherer Konjunkturaussichten wieder auf 4,6 Milliarden Euro gesenkt werden. Gemessen am Umsatz sind die Innovationsausgaben der Metallindustrie seit 2006 rückläufig.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

## STANDPUNKT



## Rote Linien

Wenn es um die Bewältigung der Krise im Euroraum geht, erschöpfen sich die Einlassungen zahlreicher Experten darin, praktisch alle kursierenden Lösungsvorschläge zu verdammen. Stattdessen wird allein auf die Notwendigkeit von Konsolidierungs- und

Anpassungsprogrammen in den Problemländern verwiesen. Keine Frage: Diese sind unbedingt erforderlich. Aber falls die Finanzmärkte skeptisch bleiben – was dann?

Ohnehin wenig hilfreich ist das Lamento, es sei seinerzeit ein großer Fehler gewesen, Griechenland in die Währungsunion aufzunehmen. Nebenbei bemerkt wäre es reizvoll, dieselben Leute mit ihren damaligen befürwortenden Aussagen zu konfrontieren, als da waren: „Griechenland als Wiege der Demokratie darf nicht ausgeschlossen werden“ oder „Griechenlands wirtschaftliches Gewicht spielt für den Euroraum eine eher geringe Bedeutung“. Gewiss: Die Mitgliedschaft Griechenlands in der Währungsunion war politisch gewollt, ökonomisch jedoch höchst problematisch, wie dies von verschiedenen wirtschaftspolitischen Instanzen zu Recht kritisiert wurde. Aber: Solche Argumente helfen jetzt nicht, wenn es gilt, einen Weg aus dem Schlamm zu finden. Denn ein Ausschluss Griechenlands sehen die einschlägigen Verträge nicht vor und wen das nicht weiter kümmert, setzt sich dem Vorwurf eines gestörten Verhältnisses zur Rechtsordnung aus. Ein freiwilliger Austritt, so sich die Griechen überhaupt darauf einließen, birgt die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Währungsunion auf Grund von Dominoeffekten. Das sehen DM-Nostalgiker zwar eher entspannt, jedoch sollten ihnen die jüngsten Erfahrungen der Schweiz zu denken geben, was nämlich passiert, wenn die eigene Währung unter massiven Aufwertungsdruck gerät.

Was alles zur Lösung der Eurokrise nicht geht, ist mittlerweile hinlänglich dargelegt worden. Und rote Linien bestehen zu Recht: unbegrenzte Aufkäufe von Staatsanleihen seitens der Europäischen Zentralbank, Banklizenzen für den Rettungsschirm EFSF, zweckgebundene Kredite der nationalen Zentralbanken

an den Internationalen Währungsfonds sowie Eurobonds. Stattdessen, ebenfalls zu Recht: Umsetzung zielführender Konsolidierungs- und Reformprogramme in den Problemländern.

Die Hoffnung, dass dies reicht, um die Finanzmärkte zu beruhigen, mag nicht unrealistisch sein. Aber falls nicht, was denn dann, bitteschön? Politische Unwägbarkeiten wie Regierungswechsel oder Volksabstimmungen können trotz ökonomisch plausibler Anpassungsprogramme in den Problemländern erhebliche Turbulenzen auf den ohnehin schon nervösen Finanzmärkten auslösen. Und dann?

Mit dem Schuldentilgungspakt stellt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Modell zur Diskussion, welches diese Frage beantwortet, indem es eine Brücke baut zu einer langfristig funktionstüchtigen Stabilitätsordnung, wie sie mit den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs vom 9. Dezember 2011 verabredet wurde, ungeachtet einiger Vorbehalte und Detailfragen.

Der Schuldentilgungsfonds, in den die Mitgliedsländer ihre Staatsschulden oberhalb von 60 v.H. des Bruttoinlandsprodukts sukzessive einlagern können und für den eine gemeinschaftliche Haftung besteht, schafft sich im Zeitablauf auf Grund der Tilgung selbst ab. Die Tilgungen werden gewährleistet, indem jedes Land nationale Schuldenbremsen einführt, die Tilgung mit Hilfe eines Aufschlags auf eine nationale Steuer vornimmt und die Währungs- und Goldreserven seiner Zentralbank zur Deckung seiner Tilgungsverpflichtung verpfänden muss. Diese Voraussetzungen zusammen mit der Tilgung und der zeitlich begrenzten „roll in“ – Phase stellen markante Unterschiede zu Eurobonds dar.

Der Schuldentilgungspakt ist alles andere als ein problemloser und angenehmer Königsweg aus der Krise. Aber: Hat jemand außer roten Linien und dem Prinzip Hoffnung eine Alternative zu bieten?

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,  
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

**Redaktion:** Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)  
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail [groettmann@zew.de](mailto:groettmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2012